

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ebnard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die deutschen Arbeiter und der Krieg.

In der „Schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung“ hat ein in Zürich arbeitender, reichsdeutscher Kollege, der sich bei der Mobilmachung in Deutschland stellen mußte, mit einem Transport nach Halle geschickt, dann aber entlassen wurde, die Eindrücke veröffentlicht, die er auf dieser Deutschlandreise während der Mobilmachung in sich aufgenommen hat. Als Erwiderung auf diese mit P. K. gezeichneten Artikel hat unser Verbandsvorsitzender, Kollege Leipart, das folgende Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung an die Redaktion der „Schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung“ geschickt:

Lieber Genosse F. K.

Ich habe den Bericht über Ihre „Deutschlandreise während der Mobilmachung“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gelesen. Sie tun der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands unrecht, wenn Sie behaupten, daß sie genau wie die Spielblitzer und Hurratrioten von einem marktschreierischen Siegestaumel beherrscht sei. In den Reihen unserer organisierten Arbeiterschaft herrscht seit Beginn des Krieges im Gegenteil eine tiefenstimmige Stimmung, und jeder erlebt diese schreckliche Zeit mit dem größten inneren Bedauern. Mit großem Schmerz empfinden wir die Tatsache, daß es den ersten Bemühungen der Arbeiter in Deutschland und den anderen Ländern leider nicht möglich war, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, und bekümmerten Herzens denken wir daran, daß die großen Erfolge gerade unserer jahrzehntelangen, opferreichen Tätigkeit auf dem Gebiete der internationalen Arbeiterverbrüderung durch den Krieg so jählings zerstört worden sind. Wir empfinden auch jetzt, wie immer, mit den Arbeitsbrüdern jenseits unserer Landesgrenzen und vergegenwärtigen uns jeden Tag, daß auch sie den Krieg gegen uns nicht gemollt haben.

Wir deutschen Arbeiter teilen allerdings die in unserem ganzen Volk herrschende Auffassung, daß Deutschland der angegriffene Teil ist und sich nun gegen den Anprall der zahlreichen Feinde von allen Seiten nach Kräften seiner Haut wehren muß. Die von der deutschen Regierung über ihre Friedensbemühungen veröffentlichten Dokumente sind bisher von keiner Seite widerlegt, sondern höchstens nur bekräftigt worden. Für einen Angriffskrieg gegen Frankreich und England würden die Arbeiter Deutschlands natürlich niemals begeistert worden sein, wohl aber halten wir es für unsere Pflicht, und zwar nicht nur im Interesse unserer deutschen Kultur allein, unser Land und die ganze europäische Zukunft gegen den Ueberfall des russischen Zarismus mit ganzer Opferwilligkeit zu verteidigen. Wir tun das ohne Ausnahme, obwohl wir wissen und es keineswegs in diesen Tagen vergessen, daß auch in Preußen-Deutschland die Freiheit des Volkes leider noch so vieles zu wünschen übrig gelassen hat. Wir wollen auch nach dem Krieg unseren Kampf für die Rechte und Freiheiten der arbeitenden Bevölkerung fortsetzen und gerade deshalb verhindern, daß etwa der Sieg des russischen Kosakentums und der russischen Kräfte uns dieser Möglichkeit beraubt. Der Sieg Deutschlands über Rußland dagegen wird, so hoffen wir bestimmt, auch für den Befreiungskampf des russischen Proletariats von größtem Vorteil sein.

Auch Ihren Vorwurf gegen unsere sozialdemokratische Presse, daß sie jetzt „salonfähig“ geworden sei, muß ich zurückweisen. Sie haben ja selbst auf die strenge Zensur hingewiesen, die von der Militärbehörde geübt wird. Es ist also nicht die Schuld unserer Presse, wenn sie jetzt ein anderes Gesicht zeigt als wir es vor dieser Zeit gewohnt waren und auch jetzt von ihr wünschen.

Die Arbeiter der Schweiz sind uns Deutschen immer besonders liebe Freunde gewesen, um so mehr müßte es uns leid tun, wenn unser jegliches Verhalten von ihnen falsch beurteilt würde. Es liegt mir gewiß fern, gegen unsere Arbeitsbrüder in den feindlichen Ländern Stimmung machen zu wollen, aber ich bitte die schweizerischen Genossen, auch uns Deutschen in dieser so ersten und traurigen Zeit nicht Unrecht zu tun. Ich glaube, daß wir das gerade im Hinblick auf unser stets so energisches wie aufrichtiges Eintreten für die internationale Solidarität der Arbeiter nicht verdient haben.

Berlin, 18. September 1914.

Mit brüderlichem Gruß

Theodor Leipart,

Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Nach Tisch lieft man es anders.

Die Tageszeitungen veröffentlichten eine amtliche Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros, nach welcher der preussische Minister des Innern die Verwaltungsbehörden darauf hingewiesen hat, daß es jetzt von größerem Wert sein müsse, die Einheit der Nation und ihr großzügiges Streben ungehindert zu lassen, als in unbedeutenderen Einzelfragen dem Rechte zum Siege zu verhelfen. Demzufolge sind die Behörden ersucht worden, in allen geeigneten Fällen die beiden Verwaltungsgerechten anhängigen Streitigkeiten dadurch zur Erledigung zu bringen, daß die angefochtenen polizeilichen Verfügungen zurückgenommen oder auf andere Weise die Beteiligten kluglos gestellt werden.

Am Schlusse der Veröffentlichung heißt es: Alle diese der Größe und dem Ernst der Zeit Rechnung tragenden Maßnahmen lassen natürlich nicht die Deutung zu, daß in den betreffenden Einzelfällen der von den Behörden bisher vertretene Rechtsstandpunkt nunmehr aufgegeben ist.

Dieser Schlusssatz scheint uns besonders wichtig. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Zurücknahme der Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten, durch welche unser Deutscher Holzarbeiter-Verband als ein politischer Verein erklärt wurde, eine Folge des zitierten Erlasses des preussischen Ministers ist. Die Betonung des Umstandes, daß die Zurücknahme der polizeilichen Verfügung nicht so zu verstehen sei, als ob die Behörden ihren Rechtsstandpunkt aufgegeben hätten, erweckt aber geradezu die Annahme, als ob man den Versuch, die Gewerkschaften den Beschränkungen des Vereinsgesetzes zu unterstellen, hierbei ganz besonders im Auge gehabt hätte. Der Erlass des Ministers des Innern würde demnach die Bedeutung haben, daß man die Gewerkschaften wohl während des Krieges in Ruhe lassen will, es sich aber vorbehält, nachher auf die Dinge zurückzukommen und der Rechtsauffassung der Behörden Geltung zu verschaffen. Wir geben uns allerdings der Hoffnung hin, daß die Staatsverwaltung nach dem Kriege wichtigere Aufgaben zu erfüllen haben wird als die Drangsalierung der Gewerkschaften.

Unser Verband in der siebenten Kriegswoche.

Die Berichterstattung ist in der letzten Woche etwas besser geworden, sie ist aber bei weitem noch nicht vollkommen. Der vorliegende Bericht bezieht sich auf die Woche vom 14. bis 19. September; beim Abschluß der Zusammenstellung am 28. September fehlten aber noch die Berichte aus 152 Zahlstellen und für rund 28 000 Mitglieder. Die Berichterstattung erstreckt sich diesmal auf 164 158 Mitglieder, in der vorigen Woche waren es 162 461. Deren Verteilung auf die einzelnen Gauen ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Ergebnis der Erhebung am 19. September.

Gau	Arbeitslose		Einberufen		In Arbeit		Zahlstellen
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	
Danzig	96	67	287	9,9	39	15	1 390
Stettin	64	78	323	8,7	61	14	1 100
Dresden	125	127	1 210	18,9	98	38	2 076
Berlin	914	1440	10 144	30,2	1 425	137	5 355
Dresden	337	469	4 362	31,6	230	103	3 164
Leipzig	283	470	5 817	34,4	394	104	3 959
Erfurt	121	281	2 203	32,3	140	25	1 555
Magdeburg	107	159	740	11,4	127	63	1 778
Hamburg	429	452	3 424	18,5	446	49	5 926
Hannover	125	222	1 821	19,2	108	45	2 281
Wuppertal	113	180	1 044	12,2	166	27	2 308
Frankfurt	204	260	1 771	17,6	258	51	3 126
Nürnberg	175	149	3 585	32,1	237	39	2 169
München	182	55	733	12,2	103	65	1 551
Stuttgart	191	290	1 961	20,6	225	152	3 638
Hauptstadt	10	11	32	10,4	4	2	60
Gesamt	3360	4709	39 457	24,0	4 151	994	39 365
							81 185
							40 165
							152

Der Zugang an Arbeitslosen ist etwas geringer geworden, er betrug 3360 gegen 3556 in der Vorwoche. Aber auch der Abgang hat sich vermindert; während in der Vorwoche 5425 Mitglieder aus den Listen der Arbeitslosen gestrichen werden konnten, waren es in der Berichtswoche 4709, von denen 418 abgereift sind. Die Zahl der Arbeitslosen war am Schluß der Woche um ein Geringes, von 40 193 auf 39 457 zurückgegangen. Während in der Vorwoche 24,7 Prozent der von der Statistik erfaßten Mitglieder arbeitslos waren, waren es am Schluß der Berichtswoche 24,0 Prozent.

Von den einzelnen Gauen zeigen nur drei, Dresden, München und Nürnberg eine prozentuale Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber der Vorwoche, die im Gau Nürnberg 2,4 Prozent beträgt; in den beiden anderen Gauen ist sie unbedeutend. Einen beachtenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit hatten die Gauen Magdeburg und Frankfurt um je 2,5 Prozent und Erfurt um 3,9 Prozent. Verhältnismäßig günstig war wieder der Stand in den Gauen Stettin mit 8,7 und Danzig mit 9,3 Prozent Arbeitslosen. Dagegen übersteigt die Arbeitslosigkeit in den Gauen Berlin, Dresden, Nürnberg, Erfurt und Leipzig den Gesamtdurchschnitt ganz beträchtlich.

Die Zahl der Kranken Mitglieder ist ziemlich stabil geblieben, sie betrug 4151 gegen 4165 in der Vorwoche. Die Zahl der Einberufenen wächst noch fortwährend, in der Berichtswoche haben sich 964 Mitglieder zum Militär abgemeldet, in der Vorwoche waren es 886. Damit ist die Gesamtzahl der Einberufenen auf 39 365 am Schluß der Woche gestiegen.

Die Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder ist von 79 675 auf 81 185 gestiegen, von denen 40 165 (in der Vorwoche 39 095) vollbeschäftigt waren. Diese Zahl ist aber nur als Mindestzahl zu werten, denn 17 Zahlstellen mit insgesamt 17 046 arbeitenden Mitgliedern haben keine Angabe über die Zahl der Vollbeschäftigten gemacht.

Nachstehend geben wir wieder eine Zusammenstellung der Ergebnisse der seitherigen Erhebungen.

Von je 100 Mitgliedern waren

	Arbeitslos	Krank	Einberufen	In Arbeit
8. August	33,2	—	17,5	49,3
15. "	35,3	—	21,1	43,6
22. "	31,3	3,0	22,1	43,6
29. "	29,8	2,8	22,6	44,8
5. September	26,7	2,7	22,9	47,7
12. "	24,7	2,6	23,7	49,0
19. "	24,0	2,5	24,0	49,5

Bei Beginn des Krieges zählte unser Verband 192 000 Mitglieder. Wenn man annimmt, daß die nicht gezählten sich in der gleichen Weise gliedern, wie die von der Statistik erfaßten Mitglieder, dann ergibt sich für die einzelnen Zähl-tage folgendes Bild:

	Arbeitslos	Krank	Einberufen	In Arbeit
8. August	63 650	—	38 850	94 500
15. "	67 600	—	40 420	88 980
22. "	60 120	5770	42 380	83 730
29. "	57 150	5340	43 430	86 080
5. September	51 280	5200	44 050	91 470
12. "	47 510	4920	45 410	94 160
19. "	46 150	4850	46 050	94 950

Die siebente Kriegswoche hat wiederum eine, wenn auch nur schwache Besserung gebracht. Gegenüber der Vorwoche ist die Zahl der Arbeitslosen um 0,7 zurückgegangen, während die Zahl der arbeitenden Kollegen um 0,5 Prozent gestiegen ist. Die in den letzten Wochen beobachtete Tendenz zur Besserung hält also noch an; doch tritt sie nicht mehr so scharf in Erscheinung, und es muß leider damit gerechnet werden, daß der Jahreszeit entsprechend, die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter bald wieder steigen wird.

Ein Aufruf des Arbeitgeber-Schutzverbandes an seine Mitglieder.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat seit dem Ausbruch des Krieges wiederholt bewiesen, daß er ernstlich befreit ist, in dieser schweren Zeit möglichst einträchtig mit der Vertretung der Arbeiterorganisation die Schäden, unter welchen die Berufsangehörigen leiden, zu lindern. Wir erinnern an die „Vergliche Bitte“, die Herr Rabardt gleich bei Beginn des Krieges an seine Kollegen gerichtet und in der „Fachzeitung“ veröffentlicht hat. Die Sitzung der Zentralvorstände am 8. September gab den örtlichen Vertretern der beiderseitigen Organisationen Anregungen für eine praktische Betätigung der Kriegshilfe. Diesen Rundgebungen schließt sich nun eine weitere an. In der Spitze der neuesten Nummer der „Fachzeitung“ finden wir folgende

Ernstliche Mahnung!

Unvergesslich für alle Zeiten wird dem deutschen Volk der Eindruck bleiben, den unser Kaiser hervorrief, als er in der denkwürdigen Eröffnungssitzung des Reichstages vom 4. August die Parteiführer aufforderte, ihm durch Handschlag zu geloben, alle Streitigkeiten beiseite zu lassen und sich nur noch als Deutsche zu fühlen, und erhebend ist es zu beobachten, wie sich unsere Tagespresse unterschiedslos bemüht, den Burgfrieden zu wahren.

Dieses hehre Beispiel der politischen Parteien hat seine gute Wirkung auch auf die wirtschaftlichen Organisationen ausgeübt, denn überall im deutschen Vaterland ist man sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer bemüht, die bisherigen Kämpfe zu vergessen und der Schwierigkeiten während des großen Völkerringens Herr zu werden.

Auch das deutsche Holzgewerbe hat es für seine Pflicht gehalten, seine Angehörigen zur Gemeinschaftsarbeit und zur gegenseitigen Rücksichtnahme aufzufordern, weil sowohl das eigene Interesse wie auch dasjenige des Vaterlandes es notwendig macht, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Störungen des Erwerbslebens bestmöglichst behoben werden.

Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Ratschlägen ihrer Organisationsleitungen Folge leisten und sich in verständiger, loyaler Weise entgegenkommen.

Wenn das in Einzelfällen bisher noch nicht geschehen ist, und wenn z. B. vor Ausbruch des Krieges anhängig gemachte Klagen aus dem Arbeitsverhältnis weitergeführt werden, oder wenn die schwere Zeit dazu benützt wird, sich auf Kosten des anderen Teiles vertragswidrige Vorteile zu sichern, so ist ein derartiges Verhalten schon aus patriotischen Gründen auf das allerstärkste zu verurteilen. Wird doch dabei von den Betroffenen ganz übersehen, daß sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Organisation mit einem Makel belasten, was sich in ruhigeren Zeiten bitter rächen muß. Schon die Erinnerung an unsere vor dem Feinde stehenden und für uns kämpfenden Brüder sollte jeden zurückgebliebenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abhalten, sein liebes „Ja“ in den Vordergrund zu stellen und um Kleinlichkeiten, nur für den Augenblick berechneter Vorteile halber schwere Schuld auf sich und seine Organisation zu laden. Insbesondere würde das gelten, wenn etwa von dem den Eingezogenen zukommenden Lohn oder solchen Akkordarbeitern wegen Nichtfertigkeit ihrer Arbeit auch nur ein Pfennig zu unrecht einbehalten wäre.

Es muß erwartet werden, daß derartige Vorkommnisse schnellstens ihre Ordnung in dem angeordneten Sinne finden, und mit Genugtuung ist zu konstatieren, daß es in einigen solchen Fällen, die zu Klagen bei uns Veranlassung gegeben, es nur eines Hinweises unsererseits bedurft hat, um eine solche Ordnung herbeizuführen. Arbeitgeber-Schuhverband für das Deutsche Holzgewerbe. C. Kahardt, Vorsitzender.

Diese Bemühungen des Schuhverbandes, während der Dauer des Krieges den wirtschaftlichen Frieden zu fördern und den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen, sind in hohem Maße anerkennenswert. Wir können nur wünschen, daß alle Mitglieder des Arbeitgeber-Schuhverbandes der ernstlichen Mahnung ihres Vorstandes die gebührende Beachtung schenken.

Die gemeinschaftliche Aktion der Organisationen in der Holzindustrie.

Der in der Sitzung der Zentralvorstände vom 8. September beschlossene Aufruf an die örtlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter in der Holzindustrie beginnt seine Wirkung zu zeigen. Aus mehreren Orten liegen bereits Berichte über gemeinsame Sitzungen vor, die meist zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet, daß in einer Sitzung der Vertreter des Arbeitgeber-Schuhverbandes und unseres Verbandes beschlossen wurde, die Arbeitszeit für das ganze Lohngebiet auf höchstens 46 Stunden pro Woche herabzusetzen. Sollte sich später eine weitere Verkürzung erforderlich machen, dann soll darüber erneut Beschluß gefaßt werden. In Harburg verständigten sich die Parteien dahin, daß vom 28. September ab die tägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden herabgesetzt wird. In einer gemeinsamen Eingabe an die städtischen Behörden soll um die Vergebung der Tischlerarbeiten für die im Rohbau fast vollendeten Schulen gebeten werden. In Lübeck wurde in der gemeinsamen Sitzung die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich vereinbart. In den Senat soll eine gemeinsame Eingabe gerichtet werden. In Kiel war zwischen den Parteivertretern eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden vereinbart worden. Die Mitglieder des Arbeitgeber-Schuhverbandes stimmten in ihrer Versammlung diesem Beschluß aber nur insoweit zu, als sie sich bereit erklärten, bei vorhandenen künftigen Aufträgen die Ausführung der Arbeiten möglichst so einzurichten, daß eine Entlassung der jetzt beschäftigten Arbeiter nicht einzutreten braucht. Es soll vielmehr nötigenfalls die tariflich festgesetzte Arbeitszeit bis auf sieben Stunden verkürzt werden. In Swinemünde wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht eventuell auch auf sieben Stunden vereinbart. In einer gemeinsamen Eingabe an den Magistrat soll um Vergebung der Arbeiten für den Krankenhausneubau ersucht werden und auch in den Zeitungen soll ein Aufruf an Private gerichtet werden, Tischlerarbeiten in Auftrag zu geben. In Straßburg ist die Zahl der Arbeitslosen so gering, daß sich besondere Maßnahmen nicht erforderlich machen. Der Arbeitgeber-Schuhverband will seine Mitglieder ersuchen, vorerst keine Arbeiter zu entlassen, sondern im Bedarfsfall verkürzt zu arbeiten. An die Kreisverwaltung und an den Magistrat sollen gemeinsame Eingaben gerichtet und auch ein gemeinsamer Aufruf an die Privaten erlassen werden. Mitte Oktober wird eine weitere gemeinsame Sitzung stattfinden. In Stettin hat der Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes eine gemeinsame Sitzung abgehalten. Der Arbeitgeber-Schuhverband hat allein Eingaben an die Stadt und an die Militärverwaltung gemacht und keine Mitglieder ersucht, keine Entlassungen vorzunehmen, ehe die Arbeitszeit verkürzt ist. In Eilenburg wurden der Vorsitzende des Schuhverbandes und der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle beauftragt, beim Regierungsverwaltungsvorstand vorzutreten, um eine Beschleunigung der Tischlerarbeiten für den Kasernenbau zu erzielen. Sie erhielten eine günstige Zusage. In Flensburg ist, wie an anderer Stelle berichtet, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden vereinbart worden. Aus Sünaburg wird berichtet, daß die gemeinsamen Eingaben an Regierung und Magistrat erfolgreich waren. Den beiderseitigen Organisationsdirektoren, die persönlich bei den betreffenden Stellen vorstellig wurden, konnten befriedigende Zusicherungen gemacht werden.

Extrabeiträge.

In der letzten Woche wurden wiederum in einer großen Reihe von Zahlstellen zu der Erhebung von Extrabeiträgen Stellung genommen. Fast durchgehend erklärten sich die Kollegen mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden und vielfach wurde die Höhe des Extrabeitrages durch Versammlungsbeschluß festgelegt. Ein Teil dieser Beschlüsse ist nachstehend registriert. Die Zahlstelle Bremerhaven beschloß, von den vollarbeitenden Kollegen einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche zu erheben. In Cuxhaven wurde beschlossen, daß jedes Mitglied bis zum 15. Oktober pro Woche 50 Pf. Extrabeitrag zu zahlen hat. Da vom 15. Oktober ab verkürzt gearbeitet wird, soll dann der wöchentliche Extrabeitrag 25 Pf. betragen. In Oldenburg hat eine Versammlung beschlossen, daß die vollarbeitenden Kollegen 50 Pf. Extrabeitrag pro Woche zu zahlen haben. In Weimar hat eine Mitgliederversammlung eine Skala für den Extrabeitrag aufgestellt: Wer weniger als 18 Mk. verdient, zahlt alle zwei Wochen 25 Pf.; bei einem Verdienst von 18 bis 24 Mk. beträgt der wöchentliche Extrabeitrag 25 Pf. und bei mehr als 24 Mk. Wochenverdienst 50 Pf. In Cassel hat eine sehr gut besuchte Versammlung einstimmig beschlossen, von den vollarbeitenden Kollegen 50 Pf. und von den verkürzterarbeitenden 25 Pf. wöchentlich zu erheben. Der gleiche Beschluß ist auch in Oels gefaßt worden. In Schönbach wurde beschlossen, daß jeder Kollege neben dem regelmäßigen Beitrag auch einen Extrabeitrag von mindestens 25 Pf. zahlt. Die Kollegen, welche vollarbeiten, wenn auch für einen geringeren Verdienst als bisher, haben sich verpflichtet, 50 Pf. wöchentlich zu zahlen. Eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Wilhelmshaven beschloß, daß jeder in Arbeit stehende Kollege pro Woche mindestens eine Extramarke zu 50 Pf. zu liefern hat. Von

den Kollegen, die nicht gerade in äußerst schwierigen Verhältnissen leben, wird erwartet, daß sie zwei oder mehr Extrabeiträge pro Woche leisten. In Krumbach beschloßen die Kollegen, Extrabeiträge von 50 Pf. wöchentlich von den arbeitenden Kollegen zu erheben. In Landskron zahlen die Kollegen mit mehr als 20 Mk. Wochenverdienst 50 Pf., die anderen 25 Pf. pro Woche. In Sainchen zahlen die Kollegen mit weniger als 14 Mk. Wochenverdienst jede zweite Woche 25 Pf., bei 14 bis 20 Mk. Wochenverdienst wird wöchentlich 25 Pf. und bei mehr als 20 Mk. Wochenverdienst 50 Pf. gezahlt. In Mühlhausen i. Th. wurde einstimmig beschlossen, daß die vollarbeitenden Kollegen wöchentlich 50 Pf. zahlen. Die verkürzterarbeitenden Kollegen sollen nach Möglichkeit Extrabeiträge leisten. In Gotha beschloß eine Mitgliederversammlung die Erhebung eines Extrabeitrages von 50 Pf. wöchentlich von den vollarbeitenden Kollegen, die verkürzterarbeitenden zahlen 25 Pf. wöchentlich. In Friedland i. M. zahlen die Kollegen, die 45 Stunden und mehr pro Woche arbeiten 50 Pf. Extrabeitrag; bei einer Arbeitszeit von weniger als 45 Stunden beträgt der Extrabeitrag 25 Pf. In Hof wurde von den in Arbeit stehenden Kollegen einstimmig beschlossen, Extrabeiträge zu leisten. Mitglieder, die sich davon ausschließen, werden in der Versammlung bekanntgegeben. In Kurland wurde die Erhebung eines Extrabeitrages von 50 Pf. pro Woche beschlossen. Eine Mitgliederversammlung in Prieß machte es allen Kollegen zur Pflicht, mindestens 25 Pf. Extrabeitrag zu leisten; wenn es möglich ist, soll 50 Pf. zahlen. In Reuenburg (Oldenburg) wurde der wöchentliche Extrabeitrag auf 50 Pf. festgesetzt. In Leer wurde beschlossen, wöchentlich 50 Pf. Extrabeitrag zu erheben. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung in Lüdenscheid hat einstimmig beschlossen, daß Mitglieder, die mindestens drei Tage in der Woche arbeiten, einen Extrabeitrag von 25 Pf., Vollbeschäftigte aber einen solchen von 50 Pf. zu leisten haben, wobei erwartet wird, daß die vollbeschäftigten Kollegen mit ihren Leistungen über diesen Mindestsatz hinausgehen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Eine Konferenz der Vorstände aller Gewerkschaften verhandelte am 15. September über die Familienunterstützung und beschloß nach eingehender Debatte, die Fürsorge für die Familien der einberufenen Mitglieder in der Folgezeit dem Staate und den Gemeinden sowie der Privathilfe zu überlassen, die Mittel der Gewerkschaften dagegen hauptsächlich zur Arbeitslosenunterstützung bereitzustellen. Außer unserem Verband hatten noch 30 andere Verbände eine Familienunterstützung eingeführt, allerdings in verschiedener Form; die Vertreter dieser Verbände haben sämtlich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich einem einheitlichen Beschlusse zu fügen. Der vorerwähnte Beschluß, die Familienunterstützung der Gewerkschaften von einem bestimmten Termin ab einzustellen, erfolgte alsdann einmütig bei einer Stimmenthaltung. Es wurde zugleich beschlossen, an alle diejenigen Gemeindevorstellungen, die bisher noch keine Zuschüsse zu der staatlichen Familienunterstützung gewähren; die energische Mahnung seitens der Gewerkschaften zu richten, das Versäumte baldigt nachzuholen, da es die Pflicht der Gemeinden sei, wenigstens für die Familien der Kriegsteilnehmer ausreichend zu sorgen. Der Beschluß der Vorstandskonferenz nötigt auch unseren Verband, die Aufhebung der Familienunterstützung ins Auge zu fassen. Bis Ende Oktober bleiben jedoch unsere seitherigen Beschlüsse in Kraft. Für die Zeit nach dem 1. November werden wir den Ortsverwaltungen rechtzeitig weitere Anweisungen zugehen lassen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 40. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

An alle Ortsverwaltungen richten wir das dringende Ersuchen, die Wochenberichte möglichst pünktlich einzusenden. Die Formulare hierzu sind allen Zahlstellen mit der letzten Sendung für mehrere Wochen im voraus zugesandt worden. Das Interesse des Verbandes erfordert es, daß jede Zahlstelle in jeder Woche ein ausgefülltes Berichtsformular einsendet.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat September ist spätestens bis zum 4. Oktober an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden.

- Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 22936 August Weißhuhn, Tschl., 8. 4. 70 zu Kranichborn.
 - 162538 Erich Hanen, Tschl., geb. 20. 8. 84 zu Spandborg.
 - 403290 L. Hardich, Tschl., geb. 15. 8. 69 zu Burgdorf.
 - 434725 F. Wagner, Kamm., geb. 7. 9. 86 zu Weiterstadt.
 - 497233 Max Jörn, Tschl., geb. 3. 11. 70 zu Erlangen.
 - 527810 St. Schepowski, Tschl., geb. 19. 2. 85 zu Thalheim.
 - 528273 Joh. Beyer, Korbm., geb. 28. 1. 85 zu Wüstenahorn.
 - 586270 Heinrich Adler, Stellm., geb. 19. 4. 87 zu Parschim.
 - 611216 Albert Jiegler, Tschl., 17. 10. 57 zu Waltershausen.
 - 611304 Carl Fölke, Tschl., geb. 26. 3. 71 zu Spaltz.
 - 633078 Carl Krüger, Tschl., geb. 11. 6. 88 zu Biefenhorst.
 - 716293 Ernst Schäge, Tschl., geb. 5. 2. 61 zu Thorn.
 - 719271 Gustav Israel, Modelltschl., 8. 12. 96 zu Ebersbach.
 - 724607 Anton Grahmann, Tschl., geb. 15. 9. 95 zu Pant.

Berlin ED. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Matthäus Fehr gestorben.

Aus Leutkirch im württembergischen Allgäu kommt die Nachricht, daß dort am 23. September der Kollege Matthäus Fehr gestorben ist. Fehr, der seit langen Jahren hier in dem kleinen Städtchen gelebt hat, war einer der Veteranen unserer Organisation, der mit an der Wiege des Deutschen Tischler-Verbandes, des Vorläufers unseres Holz-

arbeiter-Verbandes gestanden hat. Zu Beginn der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts arbeitete er in Frankfurt a. M. und war in der sozialdemokratischen Partei, die damals die ersten Stürme des Sozialistengesetzes auszuhalten hatte, eifrig tätig. Er hatte aber auch volles Verständnis für die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsbewegung, die ins Leben zu rufen damals erst schwächere Versuche gemacht wurden. Fehr war Vorsitzender des Fachvereins der Schreiner in Frankfurt a. M. Unter seiner Leitung wurde im Jahre 1883 der für die damaligen Verhältnisse große Streit geführt, bei welchem es sich um die Durchführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und eines Minimallohnes von 3 Mk. handelte. Im Oktober 1883 fand in Frankfurt a. M. die von Carl Kloss in Stuttgart einberufene Konferenz von Vertretern von Schreinerfachvereinen statt, in welcher die Einberufung des Tischlerkongresses verabredet wurde, der dann zu Weihnachten des gleichen Jahres in Mainz abgehalten wurde und dessen Ergebnis die Gründung des Tischler-Verbandes war. Die Veranstaltung dieser Konferenz war ein Verdienst von Fehr, der sich auch lebhaft an den Beratungen beteiligt hat. Später lehrte er in seine Heimat zurück und wirkte dort unter schwierigen Umständen für die Ausbreitung des Verbandes. Er war der Gründer und langjährige Leiter der Zahlstelle Leutkirch. Als sich die Beschwerden des Alters bemerklich machten — Fehr war am 23. Juli 1881 geboren — trat er von der vordersten Stelle zurück. Seine Kränklichkeit hinderte ihn aber nicht, sofort wieder in die Reihe zu springen, als bei der Mobilmachung die Leiter der Zahlstelle zu den Waffen berufen wurden. Witten in der Arbeit für den Verband ist er vom Tode überrascht worden. Unser Verband wird seinem Veteranen ein ehrendes Gedächtnis bewahren.

Unsere Zahlstellen während des Krieges.

Coblenz. Nachdem der Streik der Bau- und Möbelschreiner mit gutem Erfolge beendet war, hoffen wir den Mitgliederstand unserer Zahlstelle noch bis zum Herbst über 200 hinauszubringen; es ist aber anders gekommen. Die Rheinische Pianofabrik hat ihre Betriebe geschlossen, auch sonst ist die Arbeit abgeflaut. 34 Kollegen stehen noch in Arbeit, 54 sind zum Seeresdienst eingezogen, die anderen Kollegen sind abgereist oder arbeitslos. Trotz des schlechten Geschäftsganges konnten wir in der letzten Woche noch drei Neuaufnahmen machen. Wenn alle zurückgebliebenen Kollegen treu zusammenhalten und auf dem Posten sind, so werden wir auch über diese schwere Zeit hinwegkommen. Ein treffliches Vorbild gibt uns da unser langjähriger Vorsitzender, jetziger Kassierer Kollege August Grundmann, der am 1. Oktober auf eine 30jährige Organisationszugehörigkeit zurückblicken kann. Von dieser Zeit entfallen 27 Jahre auf seine Tätigkeit in Coblenz. Jeder Kollege, der Coblenz und Umgebung kennt, weiß, welcher Fleiß und welche unermüdbare Ausdauer dazu gehört hat, unsere Organisation hier vorwärts zu bringen. Kollege Grundmann hat trotz aller Rückschläge treu auf seinem Posten ausgeharrt, die Kollegen immer wieder aufgemuntert. Seiner langjährigen Arbeit ist es im wesentlichen zu danken, daß wir in diesem Jahre nach 4 1/2 wöchentlichem Kampfe auch für Coblenz endlich einen Tarifvertrag abschließen konnten. Möge es ihm vergönnt sein, noch lange in unseren Reihen für die Verbesserung der Lage unserer Kollegen zu wirken. Wir alle wollen ihm in diesem Kampfe treu zur Seite stehen. Unser Jubilar dürfte übrigens gar manchem Kollegen, der als Handwerksbursche den Rhein bereifte, bekannt geworden sein. Deren Zahl ist nicht gering; kommen doch im Jahre durchschnittlich 1800 Kollegen hier durch. Lange Jahre hindurch hat Kollege Grundmann den meisten der Durchreisenden die Unterstützung ausgezahlt.

Flensburg. Am 18. September haben wir in gemeinschaftlicher Sitzung mit den Arbeitgebern zur jetzigen Lage in der Holzindustrie Stellung genommen. Zum Militär eingezogen sind hier bis jetzt 88 Kollegen. Die Zahl der Arbeitslosen, die kurz nach der Mobilmachung über 50 betrug, ist wieder auf 34 zurückgegangen. Weil die Bauarbeit aber hier vorherrschend ist, werden wir zum Winter mit einer starken Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. In Arbeit stehen hier noch 249 Kollegen. Davon arbeiten die 92 auf der Werft beschäftigten Kollegen nur drei Tage in der Woche, 20 in Stadtbetrieben beschäftigte Kollegen arbeiten täglich sechs bis acht Stunden. 137 standen noch in voller Arbeit. In der Sitzung wurde beschlossen, die Arbeitszeit für sämtliche dem Vertrage unterstehenden Betriebe sofort auf sieben Stunden zu reduzieren. Vormittags von 8 bis 12 Uhr ohne Pause und nachmittags von 1 bis 4 Uhr. Diese Arbeitszeit gilt als Maximalarbeitszeit und darf nur verlängert werden, wenn vordem eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertragsparteien dazu Stellung genommen hat. Damit die Wirkung der verkürzten Arbeitszeit nicht abgeschwächt wird, wurde beschlossen, daß während der Dauer der verkürzten Arbeitszeit Arbeiten nicht in Akkord vergeben werden dürfen. Von einschneidender Bedeutung ist der Beschluß nicht, weil die Akkordarbeit hier im großen und ganzen wenig üblich ist. Weiter wurde beschlossen, an die in Frage kommenden Behörden Eingaben zu richten, um die angefangenen und geplanten Arbeiten zu beschleunigen. In der Presse soll auf die Bürgerpflicht eingewirkt werden, damit sie auch während der Kriegszeit Arbeiten in Auftrag gibt, soweit sie dazu in der Lage ist. Wir hoffen, durch diese Beschlüsse der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Berufes etwas entgegenzuarbeiten.

Lüneburg. Am 16. September hatten wir im Beisein des Gauvorsitzers eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes. Wir verständigten uns, gemeinsame Eingaben an die Regierung und an den Magistrat zu richten, in welchen gebeten wird, die Tischlerarbeiten für die im Bau begriffenen öffentlichen Gebäude baldigt zu vergeben. Es handelt sich um das königliche Seminar und um die Wohnung des Oberbürgermeisters. Wir haben uns auch bei den Behörden angemeldet, um unsere Eingaben noch mündlich zu begründen. Die Tischlerarbeiten an den genannten Bauten würden ausreichen, uns den Winter über bei verkürzter Arbeitszeit Beschäftigung zu geben. — In unserer Mitgliederversammlung erklärten sich die Kollegen mit der Erhebung von Extrabeiträgen einverstanden. — Zu dem Bericht in Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ teilt uns

die Verwaltung der Zahlstelle mit, daß darin dem Inhaber der Alneburger Möbelfabrik, Herrn W. Gröbner, unrecht getan wurde. Tatsächlich hat sich Herr Gröbner seinen ins Feld gezogenen Arbeitern gegenüber recht anständig verhalten. Dem Bevollmächtigten ist es bekannt, daß Herr Gröbner dem ersten der Eingezogenen ein Paket mit Gemüshilfen und 10 Mk. geküßt habe, und daß er inzwischen allen im Felde stehenden Arbeitern, die bei ihm beschäftigt waren, Liebesgaben gesandt hat. Auch die Angelegenheit mit den Brustbeuteln ist anders als sie dargestellt wurde. Herr Gröbner hat lediglich gestattet, daß auf Wunsch der Arbeiter aus Lederabfällen in der Tapeziererwerkstatt Brustbeutel angefertigt werden. Die Verteilung war dem Werkführer überlassen, Herr Gröbner selbst hat sich darum nicht gekümmert. — Wir bedauern lebhaft, daß wir auf Grund falscher Information einen Unternehmer, der sich seinen Arbeitern gegenüber recht anerkennenswert verhalten hat, in ein falsches Licht gebracht haben. An unsere Berichterstatter müssen wir deshalb erneut die Bitte richten, sich bei ihren Mitteilungen der größten Objektivität zu befleißigen.

Memel. Zu den von den Russen nicht heimgekehrten Zahlstellenorten Ostpreußens gehört auch Memel. Wenn wir auch vor der russischen Invasion bewahrt geblieben sind, so hat uns die Arbeitslosigkeit besonders stark getroffen. Schon am Sonnabend, den 31. August, stand der größte Teil der Betriebe still. Die hauptsächlichste Industrie am Orte, die Holzindustrie, leidet naturgemäß am ärgsten. Memel ist für die Zufuhr von Rohmaterialien auf Rußland angewiesen. Während sonst in den Monaten Juli und August unabsehbare Holzströme (Flöße) den Memelstrom sowie Rußstrom nach Memel schwammen, ist in diesem Jahre nichts von Holzströmen zu sehen. Von unseren 600 Mitgliedern, davon etwa 150 weibliche, sind über 200 eingezogen; in den ersten Kriegswochen standen 35 Kollegen in Arbeit. Das Verhältnis hat sich jetzt etwas gebessert, da die städtischen Arbeiter, wie Kanalisation, Schlachthofbau, sortgeföhrt werden. Inmehrin haben wir nur etwa 100 Kollegen, die in Arbeit stehen. Die Maßnahmen des Verbandsvorstandes wurden sehr gut aufgenommen. Hauptsächlich wurde auch die Familienunterstützung gutgeheißen, da von seiten der Kommunen auf Zuschläge nicht zu rechnen ist, weil die exponierte Lage Memels sehr schwer mitwirkt. Die in Arbeit stehenden Kollegen haben die Extrabeur gutgeheißen. Einige sind in dieser schweren Zeit, trotzdem sie Arbeit haben, fahnenflüchtig geworden. Diese Kurzsichtigkeit kann sich an diesen Kollegen, die so wenig Gemeinnut an den Tag legen, schwer rächen. So mancher Unorganisierte möchte jetzt recht gerne die Hilfe der Organisation in Anspruch nehmen. Hoffentlich wird diese ernste Zeit den abseits Stehenden die Augen öffnen. Von Unterstützungen seitens der Arbeitgeber an Angehörige der Einberufenen oder Arbeitslose ist hier nichts zu hören. Die Arbeiterschaft ist auf sich allein und ihre Organisation angewiesen.

Nowawes. In unserer letzten Mitgliederversammlung haben wir uns auch mit den vom Hauptvorstand ausgeschriebenen Extrabeiträgen beschäftigt, und von sämtlichen anwesenden Kollegen wurde die Einführung gutgeheißen. Die Kollegen wollen sich verpflichten, dafür zu sorgen, daß die Extrabeiträge ebenso wie die regelmäßigen Verbandsbeiträge pünktlich bezahlt werden. Bei den hiesigen Kollegen wird es sehr bedauert, daß die Zahlstelle Berlin vorzeitig den Beitrag jetzt, wo der Verband sich in einer ungemün schlechten Lage befindet, herabgesetzt hat. Die Zahlstelle Berlin hätte sich einen anderen Denkstein in der Kriegszeit setzen können. Auch die Frage der Familienunterstützung wird von den Kollegen viel besprochen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese vom 1. November ab, wenn die reichsgefehlte Unterstützung erhöht wird, gekürzt, wenn nicht ganz aufgehoben werden muß, um die Unterstützung der Arbeitslosen etwas zu erhöhen. Bis jetzt haben wir durchschnittlich 15 bis 20 Kollegen, die arbeitslos sind; zum Militär einberufen sind 38 Mitglieder, davon bekommen 28 die vom Verband gewährte Unterstützung, so daß wir wöchentlich durchschnittlich 83 Beiträge einlassen. An Unterstützung wird durchschnittlich 160 bis 170 Mk. die Woche gezahlt.

Ravensburg. Wir haben hier im schwäbischen Oberland auch recht stark unter den Wirkungen des Krieges zu leiden. Die hiesigen Wälsfabriken stehen völlig still. In den Tischlereien wird teils voll, teils mit halber Arbeitszeit gearbeitet. Einen sehr guten Eindruck auf die hiesige Bevölkerung hat es gemacht, daß die verzerrten sozialdemokratischen Gewerkschaften so hilfsbereit den Frauen der eingezogenen Mitglieder zur Seite stehen. So schwer wir auch unter den gegenwärtigen Zeitläuften zu leiden haben, so schätzen wir uns doch glücklich, daß man von einer so großen Not, wie sie aus vielen Großstädten gemeldet wird, hier nichts weiß. Hoffen wir, daß es bald überall besser wird.

Schwennungen. Von unserer Zahlstelle sind nun beinahe 100 Kollegen zum Kriegsdienst einberufen, trotzdem war unsere letzte Mitgliederversammlung stärker denn je besucht. Kollege Schönenberger gab einen ausführlichen Bericht über die Geschäftslage und die Leistungen der Zahlstelle seit dem Kriegsausbruch. Bis auf wenige Kollegen waren alle am Orte verbleibenden Mitglieder bisher arbeitslos. Nun hat wohl die Uhrenfabrik Kiensle den Betrieb wieder aufgenommen, beschäftigt aber nur einen Teil der verheirateten Arbeiter. Die Kollegen wurden gleich am ersten Tage durch einen Anschlag überrascht, wonach bei gegebener Situation nur zwei Drittel des früheren Lohnes ausbezahlt würde und nur drei Tage in der Woche gearbeitet werde. Daraufhin wurden die Kollegen vorzeitig und erreichten, daß der Abzug wenigstens auf 20 Prozent reduziert wurde. Begründet wurde diese Maßregel damit, daß die Aufrechterhaltung des Betriebes zurzeit große Aufkosten erfordere, besondere Kriegsversicherung des Wehrsee-Egyptis, großes Risiko usw. Dabei ist nicht einmal sicher, daß der Betrieb auf längere Dauer regelmäßig drei Tage in der Woche aufrecht erhalten bleibt. Die übrigen größeren Firmen lassen gar nicht arbeiten. Die kleineren Betriebe wurden meist geschlossen, weil der Arbeitgeber, auch zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Von einer Unterstützung der Arbeitslosen durch die Gemeinde kann gar keine Rede sein, nur 20 bis 30 Arbeiter werden bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Auch die Familien der Einberufenen haben von der Gemeinde keinen Zuschuß zu erwarten, da-

gegen hatten einige Großfabrikanten Hilfe zugesagt. Anstatt aber Mittel der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, will jeder für sich Wohlthäter spielen, auch soll es wenig kosten. Eine Firma kam auf den genialen Gedanken, ihre „gelbe“ Unterküßungskasse zur Unterküßungsaktion für die Frauen der einberufenen Arbeiter des Betriebes zu verwenden. Da gab es lange Geschrei bei den „Nichtgewerkschaftlern“, welche dieser Kasse 40 Pf. Wochenbeiträge beigesteuert hatten. Es wurde den Tapferen aber bedeutet, daß sie über die Verwendung der Gelder nicht zu befinden hätten, immerhin mußte ihnen auch etwas Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Derlei Hilfsaktionen gegenüber kann sich unsere Kriegshilfe schon eher sehen lassen. Es wurden von unserer Zahlstelle in den sechs Wochen 3850 Mk. Arbeitslosen- und 600 Mk. Familienunterstützung ausgezahlt. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß, wenn auch die Unterstützung gekürzt wurde, so bei der noch längere Zeit andauernden Arbeitslosigkeit doch der statutarisch verbürgte Höchstjah von den meisten Mitgliedern nicht nur erreicht, sondern noch überschritten werden dürfte. In der Diskussion wurde die Anweisung des Vorstandes als undurchführbar bezeichnet, daß Kollegen, die nur zwei Tage arbeiten, auf die Unterstützung verzichten sollen. Bei der geringen Unterstützung müßten die arbeitslosen Tage unterstützt werden, es müße auch der verkürzte Lohn berücksichtigt werden. Von anderer Seite wurde angeführt, daß sich die Familien der einberufenen Kollegen durch die Reichsunterstützung vielfach besser stellen als die Arbeitslosen, auch von der öffentlichen Wohltätigkeit würden diese mehr unterstützt, sie fänden auch eher Berücksichtigung in bezug auf Nachlaß der Miete. Es sei ja sehr erfreulich, daß der Verband die Familienunterstützung weiter gewähre, aber die Arbeitslosen dürften nicht darunter zu leiden haben. Es sei dringend zu wünschen, daß die Säge ab 1. Oktober wieder etwas aufgebessert würden, wenigstens den langjährigen Mitgliedern, dadurch würden auch die in Arbeit stehenden Mitglieder eher bereit sein, Extrabeiträge zu bezahlen. Auch wäre eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung ein Mittel, um Lohnreduktionen entgegenzuwirken; es wurde auf die Leistungen des Metallarbeiter-Verbandes verwiesen, wo die Familienunterstützung den Lokalkassen überlassen sei. Nach lebhafter aber sachlich geführter Diskussion ermahnte der Vorsitzende die zurzeit in Arbeit stehenden Kollegen zu pünktlicher Beitragszahlung und Bezeugen ihrer Opferwilligkeit auch in Leistung von Extrabeiträgen; er forderte auf, durch treues Festhalten am Verband den Unorganisierten ein gutes Beispiel zu geben.

Arbeitende Kollegen!

Gedenket der Arbeitslosen! Kauft jede Woche wenigstens eine Kriegsmarke des Verbandes!

Stuttgart. (Klavierarbeiter.) Weit über 1000 Arbeiter der Stuttgarter Klavierindustrie liegen seit Beginn des Krieges arbeitslos auf der Straße. Mit Ausnahme der Firmen Örtner u. Sohn und J. Weiffer hat kein Betrieb seine vertraglichen Pflichten erfüllt und die angefangenen Akkorde fertigstellen lassen. Wohl hat die Stuttgarter Handelskammer, unter dem Vorsitz des Klavierfabrikanten Kommerzienrat Schiedmayer, entschieden, daß es den guten Sitten widerspreche, die Arbeiter ohne Erfüllung der gesetzlichen Kündigungspflicht zu entlassen. Der Verband der Klavierfabrikanten, deren Vorsitzender Herr Schiedmayer gleichfalls ist, hat sich um diese guten Sitten aber verflucht wenig gekümmert. Während sowohl die Stuttgarter Wälsindustrie als auch die hiesige Schreinerinnung eine Unterstützung der entlassenen Arbeiter einleitete, hat sich die Organisation der Klavierfabrikanten, trotz den eifrigen Bemühungen des Inhabers der Firma Richard Vipp u. Sohn, um diese Unterstützungsaktion gedrückt. Die Klavierarbeiter haben sich mit alledem stillschweigend abgefunden. Wenn aber jetzt die Klavierfabrik Hausmann u. Elias die vertragliche Arbeitszeit und die Tariflöhne außer Kraft setzt, so gehören derartige Leistungen an den Pranger. Diese Firma hat im Submissionsweg Militärlieferungen erhalten und macht geltend, dieselben wären so schlecht im Preis, daß die Tariflöhne nicht bezahlt werden können. Daß die Firma aber selbst die niedrigsten Angebote einreichte und mit ihrer Schmutzkonkurrenz sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer schädigt, kümmert diese Herren nicht. Im Gegenteil müssen die niederen Preise der Militärverwaltung, die von der Firma selbst verlangt wurden, jetzt als Mittel dienen, die Arbeiter besser ausbezahlen zu können. Uns ist bekannt, daß andere hiesige Firmen, die dieselben Arbeiten für die Militärverwaltung liefern, wohl in der Lage sind, die seitherigen Löhne zu bezahlen. Die Firma Hausmann u. Elias aber kürzt die Stundenlöhne um nicht weniger als 10 bis 20 Pf., steckt dieses Geld in die eigene Tasche und brüsst sich dann mit ihrem Patriotismus. Allen Ernstes versicherte Herr Elias unserem Organisationsvertreter, er würde den Arbeiter W., der eine Betriebsversammlung einberufen hat, um zu der unerhörten Freibeuterei der Firma Stellung zu nehmen, sofort als Hezer und Aufwiegler anzeigen, damit er zum Heer eingezogen würde. Ja, ja, diese Patrioten verstehen ihr Geschäft! Wer sich nicht willig ausbeuten läßt, der muß unter die Soldaten; er darf sich für's Vaterland totschießen lassen, indessen dann der Fabrikant sich auf Kosten der Arbeiter zu Hause den Säckel füllt. — Die Militärverwaltung sollte bei Vergebung ihrer Arbeiten die Einhaltung der vertraglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Bedingung machen. Auch ist es nicht angängig, daß ein einzelner Unternehmer mehr Arbeit erhält, als er normalerweise auszuführen imstande ist, während über 1000 Betriebe brachliegen, die sich zur Einhaltung der vertraglichen Bedingungen verpflichtet haben. Unternehmer, die mit voller Absicht die bestehenden Entlohnungsverhältnisse in einer Zeit zerstören, wo ein großer Teil der Arbeiter unter den Waffen steht, um die Grenzen Deutschlands zu verteidigen, sollten überhaupt von der Militärverwaltung keine Arbeit erhalten.

Wanne. Unsere letzte Mitgliederversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit den Unterküßungseinrichtungen, mit welchen die Kollegen im ganzen wohl einverstanden sind. Mit der Einführung eines Extrabeitrages erklärten sich die Kollegen völlig einverstanden. Von der 38. Woche ab beträgt der Beitrag 1,05 Mk. resp. 1,30 Mk. pro Woche. Unsere Zahlstelle hat sich im 2. Quartal gut entwickelt, es wurde eine Anzahl neuer Mitglieder aufgenommen. Jetzt sind allerdings nur noch 14 Kollegen in Arbeit, zwölf Kollegen sind bis jetzt einberufen und je ein Kollege ist arbeitslos und krank.

Die Gewerkschaftsdisziplin bewährt sich auch im Felde.

Aus dem Feldpostbriefe eines Berliner Kollegen.

Titst, den 18. September.

... Von mir persönlich kann ich mitteilen, daß ich wohltauf bin und an der Eroberung Titsts teilgenommen habe. Viele gute Kameraden sind an meiner Seite gefallen, unter anderen eines unserer Mitglieder, der Kollege Grassow aus Weikensee. Der Kollege Otto Pöhl, Klaviermacher, ist schwer verwundet. Nach vielen Entbehrungen in den vorangegangenen Wochen haben wir jetzt ein gutes Quartier und werden in der lebenswürdigsten Weise von der Bevölkerung Titsts versorgt. Wenn ich heim nach Hause komme, werde ich manches berichten können. Das eine kann ich aber jetzt schon sagen: Der Einfluß der politischen und gewerkschaftlichen Erziehung hat sich auch im Felde gezeigt. Unsere Partei- und Gewerkschaftsgenossen haben sich durch vernünftiges und braves Verhalten ausgezeichnet. Wenn irgendwie Disziplinarvergehen vorgekommen sind, da waren es nicht die Unseren. Darauf können wir stolz sein.

Freundlichen Gruß W. G.

Patriotische Korbmachermeister.

In Nummer 36 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir unter dieser Ueberschrift auch des Korbwarenfabrikanten Heitmann in Hamburg gedacht. Das hat den Herrn verdorren. Durch den Rechtsanwalt Beutler in Berlin bezw. dessen Generalsubstituten, Gerichtsassessor D. Grumach, läßt er uns folgende Berichtigung zugehen:

„Es ist nicht wahr, daß die Firma J. M. W. Heitmann in Hamburg den bei ihr beschäftigten Korbmacherarbeitern irgendwelche Abzüge vom Lohn gemacht hat oder einen Lohnabzug für die Zukunft angekündigt hat. Der Lohnsatz ist vielmehr mit den Korbmachergehilfen fest vereinbart und gegenseitig angenommen worden. Er beträgt seit der Mobilmachung für sogenannte Drillingsgeschloßkörbe 2,25 Mk. und für sogenannte 21-cm-Geschloßkörbe 1,25 Mk. Es sind dies die allgemein üblichen Löhne, wie sie in Hamburg gezahlt werden. Es ist nicht wahr, daß die Beklagte, um an Arbeitslöhnen zu sparen, und die Arbeiter billiger im Gefängnis herzustellen zu lassen, auch nur einen einzigen Korbmachergehilfen entlassen hat. Wahr ist vielmehr, daß die entlassenen Arbeiter entweder Trunkenbolde oder unfähig gewesen sind, ihre Arbeit zu leisten. Wahr ist weiter, daß die Firma Heitmann, um ihren Verpflichtungen gegenüber der Militärbehörde nachzukommen, gezwungen ist, noch etwa 60 bis 80 ungelernete Arbeiter anzustellen und bei sich anzulernen, da gelernte Korbmacher zurzeit weder in Hamburg noch im übrigen Deutschland arbeitslos sind. Den Arbeitern wird derselbe Lohn gezahlt, den auch die übrigen Arbeiter erhalten. Es ist nicht wahr, daß die Firma Heitmann, um den tariflichen Arbeitslohn zu sparen, die in Auftrag gegebenen Geschloßkörbe im Gefängnis anfertigen ließ. Wahr ist vielmehr, daß im Gefängnis Fußsittel regelmäßig eine Anzahl Gefangener mit Korbflechterei beschäftigt wird. Die im Gefängnis hergestellten Körbe sind aber so gering, daß sie für die übrige Produktion so gut wie gar nicht in Betracht kommen, zumal die Zahl der Gefangenen, welche Korbmacherarbeiten verstehen, nur eine ganz geringe ist.“

Wir können es Herrn Heitmann nachfühlen, daß ihm eine Veröffentlichung seiner Praktiken nicht angenehm ist; es ist aber seine Schuld, wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ seinem Betriebe größere Aufmerksamkeit widmen muß als ihm lieb ist. Herr Heitmann hat seinen Arbeitern angekündigt, daß er während der Dauer des Krieges die Aufschläge für Ueberstunden nicht zahlen könne. Das ist eine Verletzung des Tarifes.

Er hat aber auch den Versuch gemacht, die Akkorde herabzusetzen, so wollte er für Drillingskörbe nur 1,85 Mk. zahlen und sich dabei noch weitere Abzüge vorbehalten. Daß er diese Absicht nicht durchführen konnte, ist nicht sein Verdienst.

Daß er die Kündigungspflicht aufgehoben und Arbeiter entlassen hat, bestreitet Herr Heitmann nicht, er will nur nicht zugeben, daß die Entlassungen zu dem Zweck erfolgt seien, um die Körbe im Gefängnis billiger herstellen lassen zu können. Tatsache ist jedoch, daß eine größere Zahl von Gefangenen als sonst üblich für die Firma Heitmann beschäftigt wird, und daß die hamburgische Justizverwaltung die Herabsetzung der ihm zur Verfügung gestellten Gefangenenzahl ständig im Auge behält. Die große Zahl von Gefangenen ist ihm auch nur zur Verfügung gestellt worden, weil er behauptet hat, freie Arbeiter in genügender Zahl nicht erhalten zu können.

Damit hat es aber eine eigene Bewandnis. Unsere Verwaltung hat auf Wunsch des Herrn Heitmann 30 Korbmacher telegraphisch in Wulsdorf bestellt. Er hat sich auch bereit erklärt, die Telegrammgebühren zu zahlen. Als aber die 30 Mann ankamen, wollte sie Heitmann nicht einstellen. Unsere Kollegen waren gezwungen, beim Gewerbeamt ihre Entschädigungsansprüche geltend zu machen und Herr Heitmann hat sich genötigt gesehen, ihnen im Vergleichsweg 200 Mk. Entschädigung zu zahlen.

Soviel für heute. Herr J. M. W. Heitmann hat uns angekündigt lassen, daß er die Absicht habe, seine verlebte Ehre vom Radi reparieren zu lassen. Wenn er diese Absicht ausführt, wird sich wohl noch Gelegenheit bieten, die Dinge an Gerichtsstelle des näheren zu erörtern.

Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission berichtet:

Am 15. September sind die Vertreter der Verbandsvorstände erneut in Berlin zu einer Konferenz zusammengetreten, um über die notwendigen Maßnahmen zur gegenwärtigen Situation zu beraten. Nach eingehendem Bericht der Generalkommission über die von ihr zur Linderung der Arbeitslosennot getanen Schritte, in dem besonders auf das Vorgehen der Stadtgemeinde Berlin und der Berliner Landesversicherungsanstalt zur Unterstützung der Arbeitslosen hingewiesen wurde, wurde der Konferenz eine statistische Uebersicht über den Umfang der Einberufungen und der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften und über die infolge des Krieges eingetretenen Veränderungen des Unterstützungswezens unterbreitet. Daraus geht hervor, daß die Arbeitslosenunterstützung die weitaus meisten Mittel der Organisationen in Anspruch nimmt und auch mithin diesem Unterstützungsweig die größte Fürsorge zugewendet werden muß. Dagegen werde heute namentlich seitens der größeren Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer in weitgehendem Maße gesorgt, so daß hierin eine Entlastung der Gewerkschaften möglich sei. Die Konferenz gelangt nach gründlicher Würdigung aller Umstände zur Annahme der folgenden Beschlüsse:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände erklärt, daß, ehe die Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer durch das Reich und die Gemeinde ausgezahlt worden ist, eine vorläufige Hilfeleistung der Gewerkschaften in einzelnen Fällen angebracht war.“

Nachdem vom Reich und zahlreichen Gemeinden die Unterstützung durchgeführt ist und sich ergeben hat, daß die Familien der Kriegsteilnehmer bei dieser Unterstützung zum Teil besser oder mindestens so gut gestellt sind als die Arbeitslosen und ihre Familien, hält die Konferenz es für dringend geboten, die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer dem Reich und den Gemeinden zu überlassen und die Mittel der Gewerkschaften zur Unterstützung der Arbeitslosen zu verwenden. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer soll nur in besonderen Notfällen oder aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gewährt werden.

Die Konferenz erwartet, daß alle Verbände dieser Anforderung Folge leisten, damit die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation gewahrt wird.

An die Gemeinden, welche ihrer sozialen Pflicht, Zuschüsse zu der vom Reich den Familien der Kriegsteilnehmer gewährten Unterstützung zu leisten, noch nicht nachgekommen sind, richtet die Konferenz das dringende Ersuchen, diese Pflicht unverzüglich zu erfüllen.“

Im weiteren Verlauf verständigte sich die Konferenz über die Maßnahmen zur Hilfeleistung für einzelne durch den Krieg besonders schwer in Mitleidenschaft gezogene Organisationen.

Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter hat bekanntlich die Arbeitslosenunterstützung auf die Hälfte der statutenmäßigen Höhe gekürzt. Nunmehr teilt der Verbandsvorstand mit, daß er beschlossen habe, die Unterstützungsdauer für die bezugsberechtigten Mitglieder von 10 auf 15 Wochen zu verlängern. Zur Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel werden Extrabeiträge erhoben. Bei einem Wochenverdienst bis 12 Mk. beträgt der Extrabeitrag 20 Pf., bei 12 bis 20 Mk. 30 Pf. und bei einem Wochenverdienst von mehr als 20 Mk. 50 Pf. Extrabeitrag zu leisten. Arbeitslose Mitglieder, die mehr als 20 Pf. Unterstützung beziehen, müssen einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pf. bezahlen.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hat am 12. September eine Zählung veranstaltet, an welcher sich 185 Zahlstellen mit 41452 Mitgliedern beteiligten, während von 97 Zahlstellen mit 10131 Mitgliedern Berichte nicht eingegangen sind. Von den 41452 Mitgliedern, die bei der

Erhebung erfasst wurden, waren 12736 einberufen, 583 waren arbeitslos, 382 krank und 27731 standen in Arbeit.

Der Fleischer-Verband teilt mit, daß 55,4 Prozent seiner Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen sind. Das Fleischer-gewerbe gehört zu denen, welchen der Krieg sehr reichlich Beschäftigung gebracht hat. Der Vorstand des Zentralverbandes der Fleischer (Berlin SO. 33, Muskauerstr. 28 II) kann, wie er im Verbandsorgan bekanntgibt, Hunderten Fleischergesellen gute, dauernde, meist tariflich geregelte Stellen unentgeltlich nachweisen. In der gleichen Bekanntmachung wird aber auch darauf hingewiesen, daß die Fleischerinnungen in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, Breeh, Oldenburg und an anderen Orten ihre Beschlüsse, nach welchen im Zentralverband organisierte Gesellen keine Arbeit erhalten bzw. sofort entlassen werden müssen, noch nicht aufgehoben haben.

Im Verband der Gastwirtsgehilfen waren in der ersten Septemberwoche von 12087 bei der Zählung erfassten Mitgliedern 6323 = 52,8 Prozent beschäftigt, 2833 = 23,5 Prozent waren arbeitslos und 2871 = 23,7 Prozent waren zum Kriegsdienst berufen.

Im Hutmacher-Verband waren am 20. September 5862 Mitglieder, darunter 4245 weibliche, arbeitslos; 200 waren krank, 1066 beim Militär und 3740, darunter 1364 weibliche, standen in Arbeit.

Der Metallarbeiter-Verband veröffentlicht den Bericht über die vierte Kriegswache vom 23. bis 29. August. Mit Ausnahme weniger Orte im Elsaß und in Ostpreußen haben alle Verwaltungen berichtet. Zu Beginn der Berichtswache waren nach Abzug der zum Militär Einberufenen 392468 Mitglieder gezählt worden. Im Laufe der Woche wurden 11452 Mitglieder eingezogen; mit den vorher einberufenen sind nunmehr 143343 Mitglieder unter den Fahnen. Am Schlusse der Woche waren noch 377756 Mitglieder vorhanden, darunter 73895 = 19,5 Prozent bezugsberechtigte Arbeitslose. An Arbeitslosenunterstützung wurden in der vierten Kriegswache 463567 Mk. ausgegeben; insgesamt in den ersten vier Kriegswochen 1237090 Mk.

Der Tabakarbeiter-Verband hat entsprechend dem Beschlusse der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände die Aufhebung der Unterstützung für die Familien der Einberufenen beschlossen. Diese Unterstützung wird am 3. Oktober zum letzten Male ausgezahlt.

Die Volksfürsorge und der Krieg.

Die neueste soziale Schöpfung der deutschen Arbeiter, die im vorigen Jahre durch die Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Volksversicherungsgesellschaft Volksfürsorge, wird wie alle Arbeiterorganisationen und alle Versicherungsgesellschaften durch den ausgebrochenen Weltkrieg vor große Schwierigkeiten gestellt.

Der Vorstand sieht diesen Schwierigkeiten ruhig ins Auge und hat die Maßnahmen getroffen, die im Interesse der Versicherten und der ruhigen, ununterbrochenen Fortführung der Geschäfte notwendig waren. In der eben erschienenen Nr. 9 des Organs der Gesellschaft, der „Volksfürsorge“, die alle Interessenten von den Rechnungsstellen erhalten können, werden die funktionäre dringend aufgefordert, die Organisation während der Kriegszeit intakt zu halten, damit auch während dieser Zeit die sachungsgemäßen Ansprüche der Versicherten erledigt werden können und nach dem Kriege die Zurückkehrenden alles in Ordnung finden.“

Es heißt dann in dem Artikel weiter: „Aber nicht nur die Organisation muß intakt bleiben, auch die bestehenden Versicherungen dürfen im Interesse der Versicherten nicht gefährdet werden. Hier erwacht den Vertrauensmännern der Volksfürsorge eine wichtige soziale Aufgabe. Die Bezirke und die Arbeitsgebiete der Vertrauensmänner, welche unter die Waffen treten mußten, müssen, wenn nicht sofort guter Ersatz eintritt, von den zurückbleibenden Vertrauensmännern übernommen werden. Ihre wichtigste Aufgabe ist, nach Möglichkeit das Inkasso der Prämien ungestört weiterzuführen, um den Versicherten ihre Rechte ununterbrochen zu sichern und sie vor unüberlegten, sie schädigenden Schritten zu bewahren.“

Nach genauer Darlegung der triftigen Gründe, die jeden Versicherten in seinem Interesse veranlassen müssen, die abgeschlossenene Versicherung aufrecht zu erhalten, und wenn es irgend angeht, die Prämien weiterzuzahlen, bespricht der Artikel die auf Grund der Versicherungsbedingungen zu treffenden Maßnahmen der Umwandlung der Versicherung in eine Spar- bzw. prämienfreie Kapitalversicherung bei Nichtweiterzahlen der Prämien.

Da die Volksfürsorge die Volksversicherung nur im Interesse der Versicherten betreibt, ist der Vorstand auch in dieser Kriegszeit verpflichtet und gewillt, seinen Versicherten jede Erleichterung zu bieten. Die „Volksfürsorge“ schreibt daher:

„Der Vorstand wird in den Fällen, in welchen Angehörige von ins Feld gezogenen Versicherten in die Lage kommen, bei Kapitalversicherungen die Prämienzahlung zu verlangsamen oder ganz einzustellen, nicht sofort umzuwandeln, sondern die Prämienzahlung über die im § 5 der Versicherungsbedingungen vorgesehene Frist von zwei Monaten hinaus stunden und nach Beendigung des Krieges erleichterte Gelegenheit geben, die Versicherungen wieder in Kraft treten zu lassen. Darüber werden besondere Anweisungen des Vorstandes an die Rechnungsstellen das Nähere regeln.“

Der Artikel schließt mit den hoffnungsvollen und mahnenden Sätzen:

„Nicht nur im Interesse unserer vielen vor dem Feinde kämpfenden Brüder und ihrer Angehörigen, sondern auch im Interesse der Volksfürsorge und ihrer Weiterentwicklung sehnen wir von ganzem Herzen einen baldigen Friedensschluß herbei, der die Grundlage für eine lange, ruhige Friedens- und Kulturarbeit ermöglicht.“

Unsere Freunde im Reich bitten wir, den Versicherten überall im Sinne unserer Ausführungen in jeder Richtung entgegenzukommen und sie zu treuem Festhalten an der Volksfürsorge zu ermuntern. Wie die Gewerkschaften und die Genossenschaften, so wird auch die Volksfürsorge nach dem Kriege nötiger sein als vorher; sie braucht aber auch in dieser schweren Zeit das unerschütterliche Vertrauen des Volkes, dem zu dienen sie allein bestimmt ist.“

Wir können uns diesen Hoffnungen und Mahnungen nur anschließen.

Briefkasten.

Leipzig. „Einer der seit 15 Jahren Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist.“ Weshalb verschweigen Sie Ihren Namen? Wenn Sie Ihre Adresse angegeben hätten, wäre Ihr Brief beantwortet worden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.) Die zum 18. August und folgende Tage einberufene, wegen der eingetretenen Kriegslage aber vertagte Generalversammlung findet nunmehr am Dienstag, den 13. Oktober dieses Jahres in Freiburg i. B. statt.

Eröffnung morgens 9 Uhr im Lokale der „Inselbrauerei“. Den gewählten Abgeordneten wird alles nähere vom Hauptbüro zugehen.

Ebenfalls findet in derselben Woche die Vertreterversammlung der „Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler usw.“ statt. Die Tagesordnungen für beide Kassen bleiben dieselben wie bereits zweimal im Kassenorgan bekanntgegeben.

Der Vorstand. J. A. G. Blume.

Bekanntmachung.

Wir bitten die Herren Delegierten zur 23. Generalversammlung, sich bei Ankomst am Bahnhof hier durch ihre Legitimationskarte kenntlich zu machen. Es sind Mitglieder der Ortsverwaltung am Bahnhof, die durch die „Holzarbeiter-Zeitung“ an der Kopfbedeckung kenntlich sind. Das Empfangs- und Wohnungs-Komitee befindet sich in der Restauration Böttner, Löwenstr. 8, 1 Treppe. Das Tagungslokal ist in der Inselbrauerei Feilerling, Gerberau 15. Die Ortsverwaltung Freiburg i. Br.

Anzeigen.

Schneidemüller, evangl., nähr. Stellmacher oder Tischler (Mühlensbauer) bei freier Wohn- u. gut. Lohn sofort für dauernd gesucht. Zeugn.-Nachg. u. nähr. Angab. mit Bild sofort erh. Lüge (Stadt) bei Paul Hermann. A. Fischer, Mühlenwerke.

Stellmachermeister und Bohrer für Militärwagenbau sucht große Fabrik in Berlin. Off. erbeten unter Chiffre E. F. 408 an die Exp. dies. Blattes.

Korbmacher auf der Munitionsförbe, Lohn 225 Mk., verlangt F. Fischer, Berlin, Rindfleischstr. 45.

Korbmacher auf Geschloß für Stellmacher, ein Heinrich Franke, Korbwarenfabrik Rürnberg.

Korbmacher auf Geschloß für Stellmacher, ein Heinrich Franke, Korbwarenfabrik Rürnberg.

Sachblatt für Holzarbeiter

An die Zahlstellen-Verwaltungen richten wir das dringende Ersuchen, ihren Bedarf an Sachblatt für Oktober rechtzeitig - wenn möglich, bis zum 7. Oktober - uns mitzuteilen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Wir empfehlen zur Anschaffung: **Das Recht während des Krieges.** Eine Darstellung der für das Volk wichtigsten Rechtsverhältnisse. Das Büchlein gibt Auskunft über Familienunterstützung, Kaufverträge, Abzahlungsgeschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Miets-, Arbeiterversicherung, Angestelltenversicherung, Zahlungsstrafen u. viele andere Fragen, die das Rechtsverhältnis betreffen. Preis 30 Pf. Bei Vereinskäufen des Betrages erfolgt portofreie Lieferung. Zu beziehen durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Gesucht ein Korbmachergehilfe auf Roharbeit. H. Gröning, Stodtelsdorf b. Lübeck. Gesucht ein jung. Korbmacher auf Mattarbeit. Joh. Decker, Altritz, Schles.

30 Korbmacher auf Geschloß für Stellmacher gesucht nach Hamburg. Zu melden im Bureau des Verbandes, Pörschendorferhof 57, Zimmer 29.

Jüngerer Korbmacher für Stellmacher, der eventuell etwas Roharbeit mitmachen möchte, auf dauernde Beschäftigung gesucht. Berg & Schulz, Flensburg.

Tüchtige Rohkorbmacher finden dauernde Stellung. C. Schloßstein, Heilbronn a. N.

10 Korbmacher stellen sofort ein auf Militärarbeit. Calm & Ahfeld, Bernburg.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 19. Septbr., bis Freitag, 25. Septbr. 1914. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitsloje am Schluß der Woche.

Ort	Sautischler			Möbelschler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	40	685	13	3564	28	527	15	1109	3	161	98	1784	197	7830								
Bremen	23	96	6	40		30		3		3		8	29	180								
Breslau																						
Celle																						
Eilenburg				3	74					4		362	3	440								
Forst																						
Hamburg																						
Hannover	60	101	3	150	4	14	2	48		4	15	54	84	371								
Hersford																						
Leipzig	6	101	14	1198	4	234	7	194	1	23	5	261	37	2011								
Lübeck	6	45	6	36		3		1		1		4	12	90								
Zusammen	135	1028	45	5062	36	808	24	1355	4	196	118	2473	37	10922								
Der. Woche	121	991	56	5214	34	941	14	1428	6	200	115	2593	346	11367								

NE. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.